

Herr Kahle (Stadtentwicklung-Verkehrsentwicklung)
Frau Jantzen (Stadterneuerung)
Herr Graumann (Stadterneuerung-Denkmalpflege)
Herr Nagel (Planungsbüro)
Frau Woiwode (Verkehrsanlagen)
Herr Lehmann (Stadterneuerung)
Herr Krampitz (Stadterneuerung)
Herr Kaminski (Ortsvorsteher OBR Groß Glienicke)
Herr Mensch (OBR Groß Glienicke)
Herr Krech (Behindertenverband)
Herr Naber (Bürgerverein Freies Tor)

Niederschrift:
Frau Kropp

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 07.09.10 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 Auslegungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr.1 "Neuer Markt/Plantage" 2. Lesung
Vorlage: 10/SVV/0623
Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
 - 3.2 Potenzialanalyse Einzelhandel (Wiedervorlage)
Vorlage: 10/SVV/0435
Fraktion DIE LINKE
 - 3.3 Umbenennung des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen
Vorlage: 10/SVV/0601
Oberbürgermeister, Servicebereich Recht
 - 3.4 Ausschusszuständigkeitsordnung der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 10/SVV/0633
Oberbürgermeister, SB Recht
 - 3.5 Änderung der Hauptsatzung
Vorlage: 10/SVV/0638
Fraktion CDU/ANW, Fraktion B 90/Die Grünen, Fraktion FDP
neue Fassung
 - 3.6 Beschluss zur Billigung der Abwägung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung, der öffentlichen Auslegung und der Änderung des Geltungsbereichs des Bebauungsplanes Nr. 42.4 "Kaserne Pappelallee/Am Schragen".
Vorlage: 10/SVV/0588
Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
 - 3.7 Beschluss zur Billigung der Abwägung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung des Bebauungsplanes Nr. 66B "Nördliche Gartenstadt, 1. Änderung Nordbereich" und der öffentlichen Auslegung
Vorlage: 10/SVV/0589
Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
 - 3.8 Aufstellungsbeschluss Bebauungsplan Nr. 130 "Sport- und Freizeitbad Bornstedter

- Feld"
 Vorlage: 10/SVV/0592
 Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
- 3.9 Groß Glienicke - Busring 4. und 5. Bauabschnitt: Seepromenade
 Vorlage: 10/SVV/0600
 Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
- 3.10 Ausbau der Seepromenade Groß Glienicke
 Vorlage: 10/SVV/0630
 Fraktion SPD
 mit Änderungsantrag Fraktion CDU/ANW
- 3.11 Expertise zum Planänderungsverfahren Seeufer Groß Glienicke
 Vorlage: 10/SVV/0631
 Fraktion SPD
- 3.12 Gesamtkonzept Berliner Vorstadt - Aussetzung Ausbauvorhaben Mangerstraße 1. Bauabschnitt
 Vorlage: 10/SVV/0506
 Fraktion Bündnis90/Die Grünen, Fraktion FDP
- 3.13 Europaradweg
 Vorlage: 10/SVV/0519
 Fraktionen Bündnis90/Die Grünen, SPD, FDP
 mit Ergänzungsantrag Fraktion CDU/ANW
- 3.14 Verzicht auf den Erwerb des "Mercure"
 Vorlage: 10/SVV/0616
 Fraktion DIE LINKE
- 3.15 Vorgaben für die Gestaltung des Alten Marktes
 Vorlage: 10/SVV/0619
 Fraktion DIE LINKE
- 3.16 Nahversorgungskonzept
 Vorlage: 10/SVV/0537
 Fraktion DIE LINKE
- 3.17 Mittelstreifen der Hegelallee
 Vorlage: 10/SVV/0518
 Fraktion Bündnis90/Die Grünen, Fraktion FDP
 neue Fassung
- 3.18 Sitzungskalender 2011
 Vorlage: 10/SVV/0553
 Vorsitzender der Stvv
- 3.19 Keine Straßenabwässer in den Heiligen See
 Vorlage: 10/SVV/0611
 Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
- 3.20 Masterplan für Potsdam
 Vorlage: 10/SVV/0612
 Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 BE zur Umsetzung der noch offenen Maßnahmen aus dem Verkehrskonzept Brandenburger Vorstadt (DS 99/0719) gemäß Beschluss 10/SVV/0323
 FB Grün und Verkehrsflächen
- 4.2 Überarbeitung der Stellplatzsatzung
 FB Stadtplanung und Bauordnung
- 4.3 Verständigung zur Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom 26.8.2010 - 15.09.2010

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Kutzmutz.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 07.09.10 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen vom 07.09.2010 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird mit 5 Ja-Stimmen, bei 1 Stimmenthaltung bestätigt.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung schlägt Herr Lehmann aufgrund der umfangreichen Tagesordnung vor, generell auf die Einbringung zu verzichten. Frau Hüneke stimmt einem grundsätzlichen Verzicht nicht zu.

Zur Tagesordnung selbst bittet Frau Hüneke die TOP`e 3.13 Europaradweg DS 10/SVV/0519) und 3.17 Mittelstreifen der Hegelallee DS 10/SVV/0518 nacheinander zu behandeln und verweist auf einen Antrag auf Rederecht.

Der Ausschussvorsitzende ergänzt, dass folgende Anträge auf Rederecht vorliegen:

Zum TOP 3.10 Ausbau der Seepromenade GG 10/SVV/0630
CDU-Fraktion für Herrn Norbert Mensch (OBR GG)

Zum TOP 3.17 Mittelstreifen der Hegelallee 10/SVV/0518

- Herr Jan Krech, Potsdamer Behindertenverband
 - Bürgerverein Freies Tor, Frau Dr. Ellen Chwolik-Lanfermann
- Falls, angesichts der bereits durchgeführten Maßnahmen die Gesichtspunkte „Entscheidungsstrukturen, Umsetzungsszenarium“ schon unter 3.13 Europaradweg 10/SVV/0519 diskutiert werden, dort auch Antrag auf Rederecht - Wahrnehmung durch Herrn Naber

Gegen die Gewährung der Rederechte und die Veränderung der Tagesordnung erfolgen keine Einwände.

Die Tagesordnung wird mit 5/0/1 bestätigt.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Auslegungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr.1 "Neuer Markt/Plantage"

2. Lesung

Vorlage: 10/SVV/0623

Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

Frau Hüneke erinnert an ihre in der vergangenen Sitzung an die Verwaltung geäußerte Bitte bzgl. eines Vorschlages zur Formulierung, eines korrekten Änderungsantrages mit dem Ziel, dass die Westseite des Langen Stalls exakt in der historischen Kubatur errichtet wird.

Auf die Nachfrage von Herrn Teuteberg zur Art der Nutzung, informiert Frau Jantzen (Stadterneuerung) mit der Bitte um Aufnahme in das Protokoll, dass die Vorlage dahingehend geändert wird, dass die Garnisonkirche für kirchliche und kulturelle Zwecke genutzt werden kann.

Zu den Stellplätzen teilt Frau Jantzen mit, dass für die Stellplatzanlage 80 Stellplätze ermittelt worden sind. Die Fläche ist Gegenstand der Festsetzung, nicht die Zahl der Stellplätze. In der Abwägung stehen abweichend einmal 70 und 90 Stellplätze; der Mittelwert mit 80 Stellplätzen aus der Begründung wird künftig durchgängig verwendet. 100 Stellplätze sind im Schallschutzgutachten angenommen worden, um auf der sicheren Seite zu sein. Hinsichtlich der Bäume wird 1 Baum je 4 Stellplätze zum Ansatz gebracht. Die Gestaltung der Anlage erfolgt im Rahmen eines Wettbewerbes für die Plantage, einschließlich des Parkplatzes.

Frau Hüneke erkundigt sich, ob die öffentliche Durchwegung vom Neuen Markt zur Plantage möglich ist und erinnert an das von Herrn Dr. Seidel in der letzten Sitzung vorgebrachte Erfordernis einer städtebaulichen Platzqualität.

Frau Jantzen teilt mit, dass die Fläche für die Durchwegung im Bebauungsplan festgesetzt wird, ebenso wird die Platzfläche in dem Bereich des Abknickens des Leitungs- und Wegerechts von jeder Bebauung freigehalten.

Herr Graumann (Stadterneuerung und Denkmalpflege) ergänzt, dass für das Areal eine Planung (Städtebauliche Studie) erarbeitet wird, die mögliche Entwicklungspotentiale aufzeigt und die Eingang in die Planung haben kann. Die Entwürfe können im Ausschuss vorgestellt werden.

Herr Nagel (Büro Spath und Nagel) informiert, dass es diesen Platz, an dem die Durchwegung den Knick macht, bereits zur Hälfte gibt; jetzt sei nur noch die Spiegelung erforderlich.

Herr Klipp zeigt am Plan die Baugrenzen, die um den Knick bestehen. Die Anregung könne als Aufgabenstellung an die beauftragten Gutachter mitgegeben werden.

Herr Nagel geht erläuternd anhand von Schemata auf die Höhen des Langen Stalls ein (sh. Protokollanlage). Die Festsetzungen im Bebauungsplan sollen ermöglichen, dass der Lange Stall in seiner historischen Kubatur errichtet werden kann, eröffnet aber auch die Möglichkeit neuer Gebäudeformen. Ziel ist die Herstellung einer Gebäudekante zur Plantage (Baulinie), und dass die neue Bebauung innerhalb der Umrisse des Portals des Langen Stalls bleibt.

Herr Klipp erinnert, dass der Lange Stall eine bestimmte Kubatur aufgrund der damaligen Nutzung hatte; jetzt müsse berücksichtigt werden, ob die historische Kubatur für die heute gewünschte Nutzung geeignet sei. Betrachtet wurde, was

ist stadtbildprägend; das ist die Bebauungskante zur Plantage.
Er regt an, die Ausschreibung der Grundstücke abzuwarten, um zu sehen, was an Entwürfen vorgelegt wird. 1/3 ist privat und 2/3 Treuhandvermögen. Dies müsse bei der Vergabe der Grundstücke beachtet werden.

Herr Graumann betont, dass es sich hier um einen Auslegungsbeschluss handelt und die Möglichkeit einer Beteiligung weiterhin gegeben ist.

Frau Hüneke stellt folgenden Änderungsantrag:

An der Westseite (zur Plantage) des Langen Stalls die Firsthöhe von 48,47 m ü.NHN und eine Traufhöhe von 36,82 m ü.NHN festzusetzen.

Herr Kümmel äußert, dass er sich enthalten wird und dies nochmals in der Fraktion beraten werden sollte.

Abstimmung des Änderungsantrages von Frau Hüneke: 2/2/2 (damit abgelehnt).

Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Abwägungsvorschläge der Verwaltung zu Bürgereinwendungen und die Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange werden gebilligt. (Anlage)
2. Die öffentliche Auslegung des Bebauungsplans Nr.1 „Neuer Markt/Plantage“. (Anlage)

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 3
Ablehnung: 1
Stimmenthaltung: 2

zu 3.2 Potenzialanalyse Einzelhandel (Wiedervorlage)

Vorlage: 10/SVV/0435

Fraktion DIE LINKE

Herr Kutzmutz berichtet, dass er die Informationen aus der Ausschusssitzung vor drei Wochen in der Fraktion vorgetragen habe, jedoch die Fraktion nicht davon überzeugen konnte, dass die Setzung eines Endtermines nicht hilfreich sei. Er bittet um Abstimmung des unveränderten Antrages.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 1. September 2010 einen Endtermin für die Durchführung der Potenzialanalyse zum Einzelhandel in der Innenstadt und in Babelsberg vorzuschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 3
Ablehnung: 3
Stimmenthaltung: 0

Damit wird empfohlen, die Vorlage abzulehnen.

zu 3.3 **Umbenennung des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen**

Vorlage: 10/SVV/0601

Oberbürgermeister, Servicebereich Recht

Frau Hüneke geht kurz auf die Aussage zu den Zuständigkeitsfeldern des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen ein und verweist dabei auf die Ausschusszuständigkeitsordnung § 13.

Der Ausschussvorsitzende macht deutlich, dass jeder Ausschuss der Stadtverordnetenversammlung unabhängig von der Ausschusszuständigkeitsordnung das Recht auf Selbstbefassung mit anderen Themen habe.

Herr Teuteberg ergänzt, dass die Vorlage auf die Änderung des Ausschussnamens abzielt.

Der Ausschussvorsitzende bringt zum Ausdruck, dass zugleich auch der Bezug zu den Aufgaben des Geschäftsbereiches Stadtentwicklung und Bauen hergestellt werden soll.

Die Vorlage wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Umbenennung des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen in „Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen“.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

zu 3.4 **Ausschusszuständigkeitsordnung der Landeshauptstadt Potsdam**

Vorlage: 10/SVV/0633

Oberbürgermeister, SB Recht

Herr Teuteberg greift das Selbstbefassungsrecht auf; es sei bereits die Anregung gegeben worden, diesbezüglich eine Ergänzung in § 4 der Ausschusszuständigkeitsordnung aufzunehmen.

Die Vorlage wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

zu 3.5 Änderung der Hauptsatzung

Vorlage: 10/SVV/0638

Fraktion CDU/ANW, Fraktion B 90/Die Grünen, Fraktion FDP
neue Fassung

Eine Einbringung erfolgt nicht.

Der Prüfauftrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob in die Hauptsatzung der Landeshauptstadt Potsdam vom 04. März 2009 folgende neue Bestimmung an geeigneter Stelle eingefügt werden kann:

Für Befreiungen von den Festsetzungen eines Bebauungsplanes nach § 31 Abs. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) und für die Zulassung von Abweichungen von Vorschriften nach § 60 der Brandenburgischen Bauordnung (BbgBO), die als örtliche Bauvorschriften nach § 81 BbgBO erlassen wurden, findet § 36 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 Satz 1 BauGB entsprechende Anwendung.

Die Zuständigkeit für die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens wird auf den Ausschuss für Stadtplanung und Bauen übertragen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

zu 3.6 Beschluss zur Billigung der Abwägung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung, der öffentlichen Auslegung und der Änderung des Geltungsbereichs des Bebauungsplanes Nr. 42.4 "Kaserne Pappelallee/Am Schragen".

Vorlage: 10/SVV/0588

Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

Herr Krampitz (Stadterneuerung) bringt die Vorlage ein. Ziel ist es, Baurecht im 1. Quartal 2011 zu erreichen.

Herr Jäkel spricht die Stellungnahme des Bereiches Stadt- und Verkehrsentwicklung auf Seite 20 der Abwägung (ungeklärter Schulstandwort weiterführende Schule) an. Im Ergebnis der Abwägung ist notiert worden, dass die Planung nicht geändert wird.

Herr Jäkel bittet bis zur abschließenden Klärung, die Option für den Schulstandort offen zu halten.

Herr Krampitz berichtet, dass dies durch die Anfrage an den Geschäftsbereich Bildung/Schule zum Prüfauftrag erledigt habe. In der Prüfung befinden sich die 2 Standorte

- Pappelallee und
- Rote Kaserne West.

Herr Jäkel spricht sich dennoch dafür aus, die Option des Stadtplatzes am Schragen offen zu halten, bis eine abschließende Entscheidung dagegen getroffen worden ist.

Herr Klipp plädiert dafür, den Wohnungsbaustandort nicht unnötig zu blockieren und verweist ebenfalls auf die v.g. 2 potentiellen Schulstandorte, die sich in der Prüfung befinden.

Frau Hüneke fragt nach dem Verfahrensstand? Zum jetzigen Zeitpunkt liegen den Stadtverordneten zum ersten Mal Voten zur Abwägung vor. Sie hält es für sinnvoll, die Vorlage auch im KOUL-Ausschuss zu beraten und gibt diese Empfehlung an die Fraktionen.

Herr Krampitz geht weiter auf Hinweise/Rückfragen ein und teilt mit:
Die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten hat um Abtreppung gebeten, dieser Anregung wurde gefolgt, durch eine Verringerung der städtebaulichen Dichte zum Volkspark. Das städtebauliche Konzept basiert im wesentlichen auf dem BDA Konzept aus dem Jahr 1993, in dem klare Raum- bzw. Stadtkanten zum Park definiert wurden.

Gravierende Eingriffe bzgl. des Biotop, Arten- und Naturschutz sowie Beeinträchtigung geschützter Tierarten sind nicht zu erwarten, dies wurde im Rahmen einer Untersuchung zur Gesamtbewertung der Umweltauswirkungen untersucht. Hinweise für den Umweltbericht ergaben sich aus der frühzeitigen Beteiligung nicht. Der Vorentwurf geht dann in die einmonatige öffentliche Auslegung, damit besteht die Gelegenheit Einwendungen etc. vorzubringen; so dass eine erneute Abwägung vorgenommen werden kann.

Die Vorlage wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Änderung des Geltungsbereichs des Bebauungsplanes Nr. 42.4 „Kaserne Pappelallee/Am Schragen“.

2. Die Billigung der Abwägung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB.
3. Die öffentliche Auslegung des Bebauungsplans Nr. 42.4 „Kaserne Papellallee/Am Schragen“ gem. § 3 Abs. 2 BauGB.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 3
Ablehnung: 2
Stimmenthaltung: 1

zu 3.7 Beschluss zur Billigung der Abwägung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung des Bebauungsplanes Nr. 66B "Nördliche Gartenstadt, 1. Änderung Nordbereich" und der öffentlichen Auslegung

Vorlage: 10/SVV/0589

Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

Herr Krampitz (Stadterneuerung) bringt die Vorlage ein und erläutert auf verschiedene Nachfragen der Ausschussmitglieder, dass hier die Baufelder definiert sind, die sich entsprechend der baulichen Dichte vermarkten lassen. Er versichert, dass bei den Überlegungen die noch nicht vorhandene Pufferzonenregelung Weltkulturerbe bereits berücksichtigt worden ist. Das Gelände befindet sich außerhalb der Grenzen des BUGA-Parkes. Eine Genehmigung nach § 33 (1) BauGB sei jetzt noch nicht möglich.

Herr Klipp betont, dass es Usus sei, dass bei der Prüfung/Bearbeitung der Bebauungspläne eine frühzeitige Konfliktminimierung bzw. der Ausschluss von Konflikten mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten berücksichtigt wird.

Die Vorlage wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Billigung der Abwägung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB.
2. Die öffentliche Auslegung des Bebauungsplans Nr. 66B „Nördliche Gartenstadt, 1. Änderung Nordbereich“ gem. § 3 Abs. 2 BauGB.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

zu 3.8 Aufstellungsbeschluss Bebauungsplan Nr. 130 "Sport- und Freizeitbad Bornstedter Feld"

Vorlage: 10/SVV/0592

Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

Herr Lehmann (Stadterneuerung) bringt die Vorlage ein. Mit dem Aufstellungsbeschluss ist die Verwaltung der Ausgestaltung des Beschlusses der STVV vom 27.01.2010 mit der klaren Vorgabe, das Bad südlich der Biosphäre zu errichten, gefolgt.

Herr Pfrogner bittet um Auskunft, ob die Kriterien für die Durchführung eines beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB erfüllt sind und spricht hier insbesondere die Innenentwicklung an.

Herr Lehmann geht auf den Kriterienkatalog ein:

- weniger als 70 Tm² (ca. 21.100 m²)
- Beeinträchtigung des europäischen und nationalen Naturschutzrechtes ist ausgeschlossen -> Vorprüfung unter Einbeziehung Beteiligung in frühzeitiger Phase des maßgeblichen Trägers, der Unteren Naturschutzbehörde, ist erfolgt; ebenfalls die Abstimmung mit dem Landesumweltamt.

Auf dieser Grundlage sei man berechtigt bzw. ist es möglich, das Bebauungsplanverfahren auf der Basis des § 13a BauGB durchzuführen.

Herr Pfrogner erkundigt sich, weshalb die Verwaltung diese Vordokumentation nicht der Vorlage beigelegt hat. Hier steht die Frage der Transparenz im Vordergrund.

Herr Kümmel begrüßt die Durchführung des beschleunigten Verfahrens.

Frau Hüneke fragt hinsichtlich der Abstimmung mit dem Landesumweltamt, welche Reflektion inhaltlich berichtet werden könne.

Herr Lehmann berichtet, dass sich aus der Lärmuntersuchung und der Abstimmung mit dem Landesumweltamt Prioritäten z.B. zur Lage ergeben haben und erläutert dies am Plan.

Herr Krampitz ergänzt, dass die Prüfung im Rahmen eines „Faunistischen Fachgutachtens“ erfolgt ist, mit den Schwerpunkten FFH-Gebiet, EU-weit geschützte Vogelarten, Zauneidechse und aus Sicht der Umweltbelange keine gravierenden Probleme gesehen werden.

Herr Klipp unterbreitet das Angebot, die Dokumentation zur Durchführung eines beschleunigten Bebauungsplanverfahrens diesem Protokoll als Anlage beizufügen.

Herr Teuteberg bittet um Information, zum Ablauf des weiteren Verfahrens.

Herr Lehmann informiert über die vorgesehenen weiteren Verfahrensschritte. – die Aufstellung wird dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Die Vorlage wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 130 „Sport- und Freizeitbad Bornstedter Feld“ im beschleunigten Verfahren nach § 13a Abs. 1 BauGB.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4
Ablehnung: 1
Stimmenthaltung: 1

**zu 3.9 Groß Glienicke - Busring 4. und 5. Bauabschnitt: Seepromenade
Vorlage: 10/SVV/0600**

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Der diesem TOP folgende TOP 3.10 Ausbau der Seepromenade Groß Glienicke DS 10/SVV/0630 wird im Zusammenhang mit dem TOP 3.9 behandelt.

Herr Mensch (OBR Groß Glienicke) nimmt das Rederecht wahr und spricht u.a. folgende Punkte an:

- Zusammenlegung der Bauabschnitte 4 und 5
- Bürger zweifeln an, ob grundhafter Ausbau notwendig ist
- Entwässerung, wenn Lösung erforderlich, weshalb dann nicht in anderer Form?
- Bedenken gegen Verschmälerung der Straße
- Fällung der Bäume führt zu Verärgerung
- Notwendigkeit der Lampenerneuerung wird hinterfragt
- 86 % der Anlieger sprechen sich gegen Ausbau aus

Frau Woiwode (Verkehrsanlagen) berichtet, dass das Anliegervotum in eine früheren SB-Ausschusssitzung vorgestellt worden ist. Es habe ein klares Nein gegeben. Es sind 2 Anhörungen durchgeführt worden, in denen mehrere Varianten und Lösungsansätze vorgestellt worden sind. Die letzte Lösungsvariante ist in 4 Terminen und einer Planerwerkstatt erarbeitet worden, an welcher Mitglieder des Ortsbeirates, Mitarbeiter der Verwaltung und auch Anlieger mitgewirkt haben. Frau Woiwode gibt anhand eines Planes detaillierte Erläuterungen zur Variante 1 (Vorzugsvariante als Ergebnis aus der Planerwerkstatt). Es handelt sich bei diesem Vorhaben um die letzten beiden noch nicht ausgebauten Bauabschnitte des Busrings, die durchaus zusammengefasst werden können.

- größtes Problem ist die Regenentwässerung, Kanaleinbau im offenen Verbau ist erforderlich, auch bei Vortrieb wären jeweils Start und Zielgruben sowie ein offener Leitungsraben für die Anbindung der Abläufe erforderlich

- mit dem Leitungsbau ist die Erneuerung der Fahrbahn erforderlich
- der Baugrund ist sehr inhomogen und die Baumallee zu dicht, deshalb können keine straßenbegleitenden Mulden angeordnet werden,
- das Regenwasser wird auf zwei anliegende Grundstücke zur Versickerung an Ort und Stelle geleitet
- Gehweg - Westseite bis Seniorenresidenz
- Gehweg – Ostseite als Ergebnis aus Planerwerkstatt komplett auf ganzer Länge
- bis zu 49 Baumfällungen sind absehbar (notwendig im Bereich Bushaltestellen, sonst größtenteils Einzelfallentscheidung)
- Herstellung der Barrierefreiheit
- Sammelstraße/Haupterschließungsstraße – wichtige Straße im Ortsteil
- Reduzierung der Breite von jetzt 6,20 bis 6,50 m auf 6 m (Begegnung Bus/Bus mit verminderter Geschwindigkeit)
- Lampen aus DDR-Zeit entsprechen nicht mehr dem erforderlichen Standard/Leitungen sind veraltet und stehen auf der falschen Seite

Anhand verschiedenen Fotos macht Frau Woiwode auf die gegenwärtige Situation vor Ort aufmerksam.

Der Ausschussvorsitzende erinnert an die Vor-Ort-Begehung am 22.9.10 und gibt den Hinweis, dass der Ortsbeirat das Gesamtinteresse des Ortes berücksichtigt und sich dafür ausgesprochen hat, die Baumaßnahme der STVV zur Entscheidung zum grundhaften Ausbau vorzulegen.

Herr Kaminski (Ortsvorsteher OBR Groß Glienicke) geht auf die Situation ein und empfiehlt, die Vorschläge/Anregungen aus der Vor-Ort-Begehung aufzugreifen. Grundsätzlich sollte der Ausbau erfolgen.

Frau Hüneke bedauert die großen Baumverluste. Es müsse ihres Erachtens ein Nachdenken über eine Bauweise erfolgen, die den Baumbestand möglichst sichert. Ein Konzept für eine dezentrale Entwässerung wäre aus Fraktionssicht möglich.

Herr Wiggert sagt, dass die Probleme Regenwasser lösbar sind; die Wiedernutzung des in Resten noch vorhandenen Gehweges soll im Zusammenhang mit dem Baumerhalt geprüft werden, Fragen zum Straßenbelag und Bordführung sind zu klären.

Zur Abarbeitung der v.g. Punkte sollte gemeinsam mit den Befürwortern und Gegnern des Vorhabens ein Konsens erarbeitet werden.

Herr Kümmel teilt die Auffassung, dass der Ausbau notwendig ist. Hinsichtlich des Antrages 10/SVV/0630 sollte für alle 49 Bäume eine Einzelfallprüfung erfolgen; ggf. sei der Gehweg so zu legen, dass die Bäume Bestand haben. Herr Kümmel fragt, bis wann die Prüfung abgeschlossen sei?

Frau Woiwode macht deutlich, dass dies sehr aufwändig ist und normalerweise erst gemacht wird, wenn klar ist, dass gebaut wird. Auch bestehen Zweifel, dass hier verarbeitbare Informationen eingeholt werden können, solange die Mehrheit der Anlieger gegen das Vorhaben ist.

Auch Herr Jäkel spricht sich für den Baumerhalt aus. In der Anlage der Gehwege sehe er keine Priorität, wenn die Anlieger diesen Bedarf nicht sehen. Der heute vorgelegte Plan sollte nicht unverändert bestätigt werden, folgende Anregungen bittet Herr Jäkel aufzugreifen:

- Erhalt der Bäume – Festlegung einer maximal zu fällenden Anzahl von Bäumen, z.B. max. Fällung von 15 Bäumen
- Überdenken des Gehweges
- Verlegung der Bushaltestellen nur, wenn zwingend erforderlich.

Frau Woiwode informiert, dass die Anordnung der Bushaltestelle bezogen auf den gesamten Busring als Einheit untersucht wurde und es nach Abwägung aller Interessen diese Festlegung gab. Die Bushaltestellen sind erforderlich um den südöstlichen Bereich der Ortslage angemessen mit dem ÖPNV zu erschließen.

Herr Kühnemann äußert sich verwundert, dass man trotz so vieler Jahre Abstimmung mit den Anwohner(innen) zu keinem Konsens gefunden habe. Er regt an, die Kompromissfindung gemeinsam mit den Anliegern zu suchen.

Herr Teuteberg schließt sich seinem Vorredner an. Es müsse eine Lösung gefunden werden, die sowohl vom Ortsbeirat als auch von den Anliegern getragen wird.

Herr Schütt hinterfragt den Einsatz zweckgebundener Mittel.

Herr Kaminski teilt mit, dass der Ortsbeirat frei entschieden habe, 2006/2007 die Mittel für den Ausbau einzustellen. Er sieht die Chance, die Mittel auch noch ein weiteres Jahr zu übertragen.

Der Ausschussvorsitzende macht nochmals aufmerksam, dass es sowohl den Antrag der Verwaltung (10/SVV/0600) als auch den Antrag der SPD-Fraktion (10/SVV/0630) und den Änderungs-/Ergänzungsantrag der Fraktion CDU/ANW zur DS 10/SVV/0630 gibt. Mehrere der hier angesprochenen Anliegen sind in den einzelnen Anträgen enthalten
Er unterbreitet den Vorschlag, diese Anträge zu einem zusammenzufassen.

Herr Klipp regt an die Planungsprämissen, die diskutiert worden sind, zu überarbeiten und in die Vorlage der Verwaltung mit aufzunehmen. Prioritäten wären die Lösung der Regenentwässerung, Einzelfallentscheidung bei Baumfällungen (Reduzierung) und ein Mindestmaß an Barrierefreiheit.

Herr Lehmann greift die Anregung auf. Für den Fall, dass die Punkte aus dem Änderungsantrag der Fraktion CDU/ANW zur DS 10/SVV/0630 mit in die Verwaltungsvorlage aufgenommen werden, könnte der Änderungsantrag zurück gezogen werden.

Frau Hüneke erinnert, dass die Ablehnung durch die Anrainer erfolgt ist. Aus diesem Grunde müsse erst bekannt sein, ob sie den aufzunehmenden Prämissen zustimmen würden. Deshalb hält Frau Hüneke es für besser, mit den Anrainern über die Planungsvarianten zu sprechen und keine pauschale Zustimmung vorzunehmen.

Frau Woiwode bringt wiederholt zum Ausdruck, dass es viele Anwohnerversammlungen/Abstimmungen gegeben habe, in welchen die verschiedenen Varianten vorgestellt und mehrfach auf Veränderungswünsche eingegangen worden sind.

Herr Jäkel erkundigt sich nach dem Verbleib des Antrages 09/SVV/0843 - Linden in der Seepromenade erhalten.

Die Verwaltung informiert, dass dieser seinerzeit nur in den KOUL überwiesen worden ist; mit der Vereinbarung, ihn gemeinsam mit der Verwaltungsvorlage zum Ausbau Seepromenade Groß Glienicke erneut aufzurufen.

Herr Jäkel wirbt dafür, alle Drucksachen zurück zu stellen, den Vorschlag der Verwaltung (Aufnahme/Berücksichtigung der Prämissen) mittels Systembild darzustellen. Dann sollte dieser in den Ortsbeirat und nach Rückkoppelung mit den Bürgern im SB-Ausschuss zur Abstimmung gestellt werden.

Der Ausschussvorsitzende schlägt der Verwaltung vor, die Vorlage zurück zu ziehen und mit den Prämissen zu überarbeiten.

Herr Teuteberg stellt zur Geschäftsordnung den Antrag, hier und heute keine Abstimmung vorzunehmen. Stattdessen sollten alle Anträge heute zurück gestellt werden und zu einem späteren Zeitpunkt erneut aufgerufen werden.

Herr Klipp bittet die Politik um entsprechende konkrete Vorschläge hinsichtlich der Prämissen.

Herr Lehmann spricht sich gegen den GO-Antrag aus. Seines Erachtens sei es hilfreich, das Protokoll der heutigen Ausschusssitzung kurzfristig fertig zu stellen und so eine Aufnahme der heute angeführten Schwerpunkte in die Vorlage bis zur STVV nächste Woche aufzunehmen.

Frau Hüneke spricht für den GO-Antrag.

Abstimmung des GO-Antrages von Herrn Teuteberg (Zurückstellung aller Anträge) - Abstimmungsergebnis: 4/2/0

zu 3.10 Ausbau der Seepromenade Groß Glienicke
Vorlage: 10/SVV/0630
Fraktion SPD

mit Änderungsantrag Fraktion CDU/ANW

Sh. auch TOP 3.9

Der Antrag, einschl. Änderungs-/Ergänzungsantrag, wird zurück gestellt.

zu 3.11 Expertise zum Planänderungsverfahren Seeufer Groß Glienicke

Vorlage: 10/SVV/0631

Fraktion SPD

Herr Kümmel bringt den Antrag ein.

Herr Klipp berichtet, dass es zu dieser Thematik vor der heutigen Ausschusssitzung eine gemeinsame Sitzung mit dem KOUL-Ausschuss gegeben habe, in welcher das Gutachten vorgestellt worden ist. Damit ist das Anliegen durch Verwaltungshandeln erledigt.

Dies wird durch Herrn Kümmel bestätigt.

zu 3.12 Gesamtkonzept Berliner Vorstadt - Aussetzung Ausbauvorhaben Mangerstraße 1. Bauabschnitt

Vorlage: 10/SVV/0506

Fraktion Bündnis90/Die Grünen, Fraktion FDP

Herr Teuteberg bringt den Antrag ein und verweist auf die vorliegende neue Fassung des Antrages (Reduzierung). Ziel ist es, nicht schrittweise straßenisoliert vorzugehen.

Frau Hüneke (als Mit Antragstellerin) erkundigt sich nach dem Zeitrahmen?

Herr Lehmann macht aufmerksam, dass im Betreff noch immer die Aussetzung des Ausbauvorhabens Mangerstr. 1. Bauabschnitt steht. Dies sei überholt.

Herr Teuteberg gibt Herrn Lehmann Recht; der Zusatz im Betreff wird gestrichen.

Herr Lehmann geht auf die Intention des Antrages ein und betont, dass es sich hier um einen völlig neuen Antrag handeln würde.

Herr Klipp macht aufmerksam, dass der Vergleich mit Babelsberg (sh. Begründung) nicht sinnvoll sei, da es sich nicht um ein Sanierungsgebiet handelt und keine Fördermittel zu erwarten sind. Entsprechend Investitionsplan der Landeshauptstadt Potsdam steht in den nächsten Jahren nichts in der Berliner Vorstadt an. Mit Ausnahme von Gefahrenabwehr wird es keine Maßnahmen im Rahmen des Ergebnishaushaltes geben, von daher könne ein Gesamtkonzept für die Berliner Vorstadt nicht vorbereitet werden.

Er betont nochmals auf Drängen verschiedener Ausschussmitglieder, dass es auch kein KP III geben wird; keine Investitionen geplant sind und wenn überhaupt nur im Rahmen der Gefahrenabwehr etwas erfolgen könne. Insofern sei ein „Gesamtkonzept“ wünschenswert, aber nicht zu finanzieren.

Herr Teuteberg stellt dar, dass das Konzept längerfristig über 10-15 Jahre (unter Finanzierungsvorbehalt) erarbeitet werden könne. Hier sollte eine Perspektive/Planungsgrundlage gebildet werden, auf die man sich berufen könne.

Herr Kümmel stellt klar, dass es nicht sein kann, dass die Verwaltung ohne Grundlage/ohne Rahmenbedingungen Personal und Finanzen bindet, um zu ermitteln, was mal später saniert werden soll. Hier stellt sich die Frage, weshalb man die Berliner Vorstadt auswählt. Ebenso könnte ein Neubaugebiet ausgesucht werden.

Der Antrag (neue Fassung mit geänd. Betreff) wird zur Abstimmung gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung ein Gesamtkonzept für die Straßenentwässerung- und Instandsetzung für die Berliner Vorstadt vorzulegen und eine Einwohnerinformation dazu durchzuführen.

Betreff: Gesamtkonzept Berliner Vorstadt – ~~Aussetzung Ausbauprojekt Mangerstr. 1. Bauabschnitt~~

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	3
Ablehnung:	3
Stimmhaltung:	0

Damit wird empfohlen, die Vorlage abzulehnen.

zu 3.13

Europaradweg

Vorlage: 10/SVV/0519

Fractionen Bündnis90/Die Grünen, SPD, FDP
mit Ergänzungsantrag Fraktion CDU/ANW

Die Behandlung erfolgt zusammen mit dem TOP 3.17 DS 10/SVV/0518 Mittelstreifen der Hegelallee.

Herr Naber nimmt das Rederecht für den Verein Freies Tor wahr und informiert, zur Thematik Mittelstreifen Hegelallee:

- Protest gegen Vornahme der Asphaltierung Mittelstreifen Hegelallee ist erfolgt
- verkehrsrechtliche Situation müsse zugunsten aller Bürger geregelt werden
- Strecke ist historisch besonders wertvoll
- Vielzahl von Interessen bündeln sich auf dieser Strecke (Fußgänger, Kinder, Radfahrer und Touristen)
- eine Bürgerin schreibt, dass jetzt schon eine freie Bewegung nicht mehr möglich sei
- Bürgerverein fordert die Beteiligung an Diskussionsrunde Potsdamer Mitte im Dialog
- kritische Zufahrt Dortustr. –Entschärfung notwendig
- Bevorrechtigung von Radfahrern würde zu Rückstau in die angrenzenden Straßen führen

Herr Krech (Behindertverband) äußert, dass die Barrierefreiheit vor Radwegen vorgehe. Der Weg sollte klarer für die Nutzung vor allem von mobilitätseingeschränkten Personen, getrennt werden. Frühzeitige Bürgerbeteiligung erbeten.

Frau Hüneke bringt den Antrag 10/SVV/0519 Europaradweg ein.

Herr Schütt hinterfragt, weshalb die Streckenführung über die Mittelpromenade Hegelallee verlaufen soll (entgegen dem bereits festgelegten Europaradweg R 1).

Herr Klipp berichtet, dass im Zuge des Radverkehrskonzeptes eine Routenänderung des R 1 aus Gründen der attraktiveren Führung durch Potsdam, abseits von viel befahrenen Straßen sowie der bessern Verknüpfung mit touristischen Sehenswürdigkeiten, vorgenommen worden ist. Die Streckenführung wird ab Höhe Breite Straße/Schopenhauer Str. verändert, so dass der Radverkehr durch die Schopenhauer Str., Hegelallee, Kurfürstenstraße, Mangerstraße zur Berliner Straße geführt wird.

Er stellt zugleich dar, dass die Nutzungsfrequenz sich nicht aufgrund der Ausschilderung als Europaradweg erhöhe, sondern vielmehr die Hegelallee von Potsdamern und ganz normalen Touristen genutzt wird. Hier handelt es sich um eine Mischverkehrsfläche; eine Häufung von Unfällen ist nicht erkennbar. Sie unterscheidet sich damit in keiner Weise vom Weg, der z.B. am Jungferensee entlang geht und ebenfalls von Fußgängern und Radfahrern genutzt wird, nur schmaler ist.

Im Hinblick auf den Antrag 10/SVV/0519 selbst wird die Verwaltung dem Auftrag zur Vorlage der Gesamtplanung für den Europaradweg nach Beschlussfassung durch die STVV nachkommen.

Herr Lehmann macht auf den Ergänzungsantrag der Fraktion CDU/ANW zur DS 10/SVV/0519 aufmerksam.

Frau Hüneke übernimmt die Ergänzung (sowie die finanziellen Auswirkungen) aus dem Antrag der Fraktion CDU/ANW.

Der Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Gesamtplanung für den Europaradweg in Potsdam ist der Stadtverordnetenversammlung bis zum Dezember 2010 zur Beschlussfassung vorzulegen. Dabei sind Anliegen zum Verlauf (Streckenführungen), Entscheidungsstrukturen und ein Umsetzungsplan **sowie die finanziellen Auswirkungen** darzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

zu 3.17 Mittelstreifen der Hegelallee**Vorlage: 10/SVV/0518**

Fraktion Bündnis90/Die Grünen, Fraktion FDP
neue Fassung

Sh. auch TOP 3.13.

Frau Hüneke bedauert, dass die Realisierung des Antrages aufgrund der zwischenzeitlich vorgenommenen Maßnahme überholt ist. Bzgl. der Thematik verliert Frau Hüneke folgende Erklärung und gibt diese zu Protokoll:

„Zum Inhalt des Antrages:

Durch die Realisierung der Asphaltts kann über den Antrag nicht mehr sinnvoll diskutiert und entschieden werden. Es ging um eine Sanierung unter Bewahrung der Grünanlage so wie sie aus Landesmitteln 2001 gefördert wurde, es ging um die Verbesserung der Nutzungsbedingungen für alle durch die Sanierung, so wie im Bürgerhaushalt (Platz 10, übrigens ohne Angabe von Asphalt, mit 574 Punkten, nicht 600 Bürgern) gefordert, und es ging um die Bewahrung einer diffusionsoffenen Oberfläche im Sinne eines guten Stadtklimas.

Zum Verfahren:

Es ging auch darum, eine Entscheidung der STVV zu einem Vorhaben zu erhalten, dessen Umsetzung strittig war. Im Radverkehrskonzept erscheint Asphalt für die Hegelallee nur in der Liste, zu der wegen ihres großen Umfanges ausdrücklich die jährliche Vorstellung der Vorhaben im Zusammenhang mit dem Haushalt im SB-Ausschuss beschlossen worden ist. Zum Bürgerhaushaltsvotum gab die Verwaltung noch im Januar 2010 an, das Vorhaben sei für 2011 vorgesehen, es hätte also ausreichend Zeit bestanden, die Öffentlichkeit in einer Weise zu informieren und einzubeziehen, wie es einer bürgernahen Verwaltung zukommt. Dies ist nicht geschehen, das Vorhaben wurde mit Materialangabe erst am 22. Juni im SB-Ausschuss vorgestellt. Wegen zahlreicher Rückfragen und Bedenken gab es einen Sondertermin am 5.7., bei dem es ein mehrheitliches Meinungsbild zugunsten der Asphaltvariante gab. (Eine Notiz zu dem Gespräch ging erst am 13.9. bei mir ein, eine Kostenschätzung erst am 15.9.) Der Antrag der Fraktion B90/G wurde im Finanzausschuss ohne Votum, im KOUL-Ausschuss mit Ablehnung behandelt, hätte heute hier beraten und am 6. 10. entschieden werden sollen. In jedem der Termine, auch in der STVV am 1.9., gab es andere Informationen (von 120 €/m² bis 68 €/m² und zu den Flächen, es sollte immer der gelbe Asphalt aus dem Bugapark sein, der meiner Information nach durchgängig gelb ist, realisiert wurde schwarzer Asphalt mit gelber Decke). Die Tatsache, dass die Maßnahme von der Ausschreibung bis zur Fertigstellung in 2,5 Monaten durchgezogen ist, zeigt, dass es auch bei Abwarten einer STVV-Entscheidung bei negativem Votum zu unserem Antrag noch eine Realisierung in 2010 hätte geben können. Der Zeitablauf erzeugt das ungute Gefühl, dass die Macht des Faktischen hier nicht ganz von ungefähr eine offene Entscheidung der STVV verhindert hat.

Für die Zukunft:

OBM Jann Jakobs hat mir am Freitag zugesichert, dass er unsere Bestrebungen unterstützt, den Beschluss zur Vorstellung der Baumaßnahmen im Zusammenhang mit dem Haushaltsentwurf stringenter zu fassen, um die Wiederholung einer solchen Entwicklung für die Zukunft auszuschließen und eine angemessene Information der Öffentlichkeit sicherzustellen. Wir werden zu einer anderen Zeit im Ausschuss klären müssen, welchen Rang und welche Form die Termine des Ausschusses haben. Nach meiner Auffassung kann ein Termin außerhalb der Regularien der STVV keine Mehrheitsentscheidungen hervorbringen. Außerdem sollte es für strittige Vorhaben nachvollziehbare Wirtschaftlichkeitsvergleiche anhand von Kostenvoranschlägen geben.

Ich werde mich auch in Zukunft für die Erhaltung und Wiedergewinnung diffusionsoffener Oberflächen im Stadtgebiet einsetzen. Ich werde weiter auch in Zukunft ein Verkehrskonzept im Geist von shared space unterstützen, bei dem die Rücknahme von Regelungen, die Rücknahme von Geschwindigkeit in Bezug auf die Geschwindigkeitsdifferenz zwischen verschiedenen Verkehrsarten sowie der Anspruch gegenseitiger Rücksichtnahme die Methode der Wahl ist.,,

Frau Hüneke schlägt als Ersatz folgenden neuen Beschlusstext vor:
Die Verwaltung wird beauftragt, eine Anwohnerversammlung durchzuführen, in der über die Verkehrsregelung informiert wird.

Der Ausschussvorsitzende greift den angesprochenen gesonderten Termin am 5. 7. 2010 auf und macht nochmals deutlich, dass er selbst mit dem Wissen die Sitzung verlassen hat, dass es eine Mehrheit zur Umsetzung dieses Vorhabens gegeben hat. Dies habe er bereits in einer früheren Sitzung dargestellt.

Verweisend auf den zwischen Verwaltung und Ausschussmitgliedern erfolgte e-mail-Verkehr schlägt der Ausschussvorsitzende vor, dass die Verständigung zum Umgang mit informellen Beratungen (Verwaltung – Ausschussmitglieder) in der nächsten Sitzung (12.10.10) als gesonderter Top erfolgt. Es ist vorzusehen, dass dieser spätestens um 21.30 Uhr aufgerufen wird.

Frau Hüneke bedauert, dass die Fragen/Hinweise von Herrn Naber nicht beantwortet/berücksichtigt worden sind.

Herr Kahle (Stadt- und Verkehrsentwicklung) greift den Hinweis auf und teilt mit, dass die Fragen nach Beschlussfassung durch die STVV in der Mitteilungsvorlage zum Antrag 10/SVV/0519 beantwortet werden würden. Die Hegelallee wird dabei besondere Berücksichtigung finden. Eine Änderung der bestehenden Verkehrsregelung sei jedenfalls nicht vorgesehen.

Herr Klipp geht nochmals auf die Beratung am 5.7.10 ein, hier ist dem Vorschlag der Verkehrsgutachter Vorfahrtsschilder aufzustellen, nicht gefolgt worden und wurde deshalb von der Verwaltung auch nicht weiter verfolgt.
Solange es keine Anordnung der Straßenverkehrsbehörde gibt, ändert sich die derzeitige Verkehrsregelung an dieser Stelle nicht.

Frau Hüneke erklärt, dass der Antrag 10/SVV/0518 aus dem Geschäftsgang genommen wird.

zu 3.14 Verzicht auf den Erwerb des "Mercure"

Vorlage: 10/SVV/0616

Fraktion DIE LINKE

Herr Jäkel bringt den Antrag ein.

Herr Kümmel berichtet aus der Diskussion im Finanzausschuss. Spekulationen sollten beendet und der Antrag abgelehnt werden.

Der Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadt Potsdam verzichtet darauf, die Möglichkeit zum Erwerb des „Mercure“ bis 2012 in Anspruch zu nehmen. Die Stadt geht davon aus, dass das Gebäude auf längere Sicht (mindestens 25 Jahre) erhalten bleibt und in die Innenstadtentwicklung eingeordnet wird.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 2

Ablehnung: 4

Stimmenthaltung: 0

Damit wird empfohlen, die Vorlage abzulehnen.

zu 3.15 Vorgaben für die Gestaltung des Alten Marktes

Vorlage: 10/SVV/0619

Fraktion DIE LINKE

Eine Einbringung des Antrages erfolgt nicht.

Frau Hüneke legt dar, dass der Inhalt dem Stand der Diskussion entspricht. Aus ihrer Sicht bedarf es eines solchen Beschlusses nicht.

Herr Klipp äußert Bedenken der Verwaltung und geht inhaltlich auf die Vorbehalte ein; andere Formulierungen wären erforderlich.

Herr Pfrogner bestätigt die unglückliche Formulierung, verweist jedoch auf die politische Zielstellung.

Herr Jäkel stellt den Antrag zurück, mit dem Angebot an die Urheber in der Fraktion über eine veränderte Fassung nachzudenken.

zu 3.16 Nahversorgungskonzept

Vorlage: 10/SVV/0537

Fraktion DIE LINKE

Es erfolgt keine Einbringung des Antrages.

Herr Kutzmutz macht die Zielstellung des Antrages deutlich – Sicherung der Nahversorgung in verschiedenen Bereichen.

Herr Klipp erläutert, dass Schwierigkeiten nicht dadurch entstanden sind, dass es kein Nahversorgungskonzept gibt, sondern die Entscheidung bei den Nahversorgern selbst liegt. Kein Nahversorger kann gezwungen werden, eine Einrichtung an einem Standort aufrecht zu erhalten, der sich nicht rentiert.

Die Landeshauptstadt Potsdam hat vielmehr über das Einzelhandelskonzept Steuerungselemente festgelegt, zur Sicherung der Nahversorgungszentren.

Herr Kahle (Stadt- und Verkehrsentwicklung) ergänzt, dass im Einzelhandelskonzept insgesamt 14 Nahversorgungszentren benannt worden sind und verweist auf die detaillierte Beschreibung. 35 % Verkaufsflächenzuwachs in diesen Nahversorgungszentren sei zu verzeichnen. In diesem Zusammenhang verweist er auch auf die kürzlich ausgereichte Mitteilungsvorlage zu den Einzelhandelspotentialen, welche detaillierte Angaben zur Entwicklung der Nahversorgungszentren enthält.

Der Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, ein Nahversorgungskonzept für die Landeshauptstadt Potsdam zu erarbeiten.

Der Entwurf ist der Stadtverordnetenversammlung im März 2011 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	2
Ablehnung:	3
Stimmenthaltung:	1

Damit wird empfohlen, die Vorlage abzulehnen.

zu 3.18 Sitzungskalender 2011

Vorlage: 10/SVV/0553

Vorsitzender der Stv

Es besteht kein Diskussionsbedarf.

Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Sitzungskalender 2011 als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihre Fraktionen und Ausschüsse.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0

Stimmenthaltung: 0

zu 3.19 Keine Straßenabwässer in den Heiligen See
Vorlage: 10/SVV/0611

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Vertagt auf die nächste Sitzung.

zu 3.20 Masterplan für Potsdam
Vorlage: 10/SVV/0612

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

Vertagt auf die nächste Sitzung.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

**zu 4.1 BE zur Umsetzung der noch offenen Maßnahmen aus dem Verkehrskonzept
Brandenburger Vorstadt (DS 99/0719) gemäß Beschluss 10/SVV/0323**

FB Grün und Verkehrsflächen

Vertagt auf die nächste Sitzung.

zu 4.2 Überarbeitung der Stellplatzsatzung

FB Stadtplanung und Bauordnung

Vertagt auf die nächste Sitzung.

**zu 4.3 Verständigung zur Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom
26.8.2010 - 15.09.2010**

Vertagt auf die nächste Sitzung.

zu 5 Sonstiges

entfällt